



Für die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtgebieten
Zellerau, Mainviertel, Nikolausberg und Steinbachtal

zellerauer kurier

Nr. 101, September 2015

Die Zellerauer SPD vor Ort

Freitag, 11. September 2015

16.00 Uhr Treffpunkt an der Baustelle am Ende der Frankfurter Straße
(StraBa-Haltestelle Mainaustraße)

Zeller Bock – Aktueller Stand

mit **Jörg Roth**, Fachabteilung Tiefbau der Stadt Würzburg

Bürgerbräu – Stand der Entwicklung des Kultur- und Kreativzentrums

mit **Roland Breunig**, Architekt und Projektentwickler

sowie

Georg Rosenthal, MdL und Ihrer Stadträtin **Gisela Pfannes**

18.00 Uhr Gemütlicher Ausklang in der „87bar – Café im Pferdestall“
auf dem Bürgerbräu-Gelände, Frankfurter Straße 87

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger sind wie immer herzlich eingeladen.

Im Rückblick:**40. Politischer Aschermittwoch der Zellerauer SPD am 18.2.2015 im Würzburger Hofbräukeller**

Jürgen Wechsler, Bezirksleiter der IG Metall Bayern, und Bernd Rützel, MdB aus Gemünden, diskutierten angeregt mit dem Publikum über die soziale Neuordnung auf dem Arbeitsmarkt. Für gute Stimmung vor und nach der Politik sorgte das Winterstein Sintett. ■



Die SPD Zellerau-Mainviertel-Steinbachtal setzt sich auch weiterhin für den Erhalt wohnortnaher Grundschulen ein. Das heißt Erhalt von Adalbert-Stifter-Schule, Zellerauer Schule, Steinbachtal-Schule und Burkarder Schule. ■

Neubau Umweltstation

Am 26.2.2015 hat der Stadtrat entschieden: Die Umweltstation der Stadt Würzburg wird am jetzigen Standort an der Bastion am Zeller Tor (Zeller Straße 44) neu gebaut. Direkt hinter dem jetzigen Gebäude. Dafür hatte sich die SPD eingesetzt. ■

Dieser Standort liegt zentral, ermöglicht der Umweltstation die Nutzung des Geländes auf der Bastion und verfügt über eine sehr gute Anbindung an Bus und Straßenbahn.

Damit sind die seltsam anmutenden Diskussionen über den Standort, die die Würzburger Liste betrieben hatte, endgültig beendet. Gut so! Ein Erfolg! ■

Sanierung Nautiland-Bad

Der einstimmige Grundsatzbeschluss des Würzburger Stadtrates zur Sanierung des Bades am Standort ist mittlerweile schon fast 6 Jahre alt!

Beide bislang diskutierten Varianten („Sanierung“ und „Ersatzneubau“) entsprechen in wesentlichen Punkten den Anforderungen, die 2010 im Rahmen der Bürgerwerkstätten formuliert wurden.

Die SPD Zellerau-Mainviertel fordert unverändert: entscheidet! ■

Die Regierung von Unterfranken hat auch der Zellerau Menschen, die auf der Flucht sind, zugewiesen.

Wir heißen sie bei uns herzlich willkommen!

Zukunft – Leben in der Zellerau

Mit dem Wohngebiet und seinem Quartiersplatz, neuem DJK-Gelände, neuem Jugendzentrum, neuem „Spieli“ und dem Kletterzentrum des Deutschen Alpenvereins ist die Gestaltung der neuen Zellerauer Mitte an der ehemaligen Wredestraße zwischen Frankfurter und Weißenburgstraße abgeschlossen.

Der erste Teil der neuen Wohnbebauung Brunostraße ist fertiggestellt, der zweite Teil zwischen Michel- und Schorkstraße in Arbeit.

Die Wohnbebauung Steinachstraße auf dem ehemaligen MERO-Gelände ist fertiggestellt.

Der vordere Teil der Weißenburgstraße zwischen Neunerplatz und Sedanstraße ist saniert und neu gestaltet. Die Schulhöfe in der Friedrichstraße auch. Das „Zellerauer Marktplätze“ am Einmündungsbereich Frankfurter/Wredestraße ist fertiggestellt.

Der Einmündungsbereich Weißenburg-/Max-Planck-/Mainaustraße ist umgestaltet.

Der Skatepark am Main auf dem Gelände des ehemaligen Waschplatzes ist in Betrieb.



Mit der Einweihung der „Grünen Mitte Zellerau“ zwischen Weißenburg- und Mainaustraße am 14.7.2015 wurde nun der nächste Schritt getan.

Diese Parkanlage entlang des Moscheewegs auf dem Gelände der ehemaligen Hindenburg-Kaserne verbindet das Jugendzentrum mit dem Skatepark und bietet Fitnessstationen für Jung und Alt und einen Boule-Platz an der Weißenburgstraße. Der zweite Abschnitt von der Mainaustraße neben Himmelspforten zu den Mainwiesen folgt 2016.

Gefördert wird auch diese Grünachse als Bestandteil des Projektes „Soziale Stadt Zellerau“ über das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“.

Dieses Programm wurde 1999 von der SPD-geführten Bundesregierung eingeführt. Für eine soziale Stadtentwicklung mit mehr Wohn- und Lebensqualität, einem zentralen Anliegen sozialdemokratischer Politik.

In der Großen Koalition konnte die SPD eine Aufstockung dieser Mittel für Städtebauförderung durchsetzen, die 2011 von Schwarz-Gelb massiv gekürzt worden waren. ■



Gesagt. Getan. Gerecht.

Die SPD macht Deutschland gerechter und moderner

Gute Pflege

Mit dem ersten Pflegestärkungsgesetz werden 2015 die Leistungen für Pflegebedürftige und Angehörige ausgeweitet, die Zahl der Betreuungskräfte in stationären Pflegeeinrichtungen erhöht und ein Pflegevorsorgefonds eingerichtet.

Das zweite Pflegestärkungsgesetz ist bereits auf den Weg gebracht. Mit ihm soll der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff, ein neues Begutachtungsverfahren und eine reformierte Pflegeausbildung eingeführt werden.

Menschen wollen in Würde und möglichst in ihrer gewohnten Umgebung alt werden. Die SPD orientiert sich daher bei der Stärkung der Pflege am Prinzip „ambulant vor stationär“.

Medizinische Versorgung und Patientenrechte gestärkt

Das Versorgungsstärkungsgesetz ist im Juli 2015 in wesentlichen Teilen mit einer klaren SPD-Handschrift in Kraft getreten.

Das Gesetz stärkt die Anreize für eine Niederlassung von Ärzten in unterversorgten oder strukturschwachen Gebieten, entwickelt die Gründungsmöglichkeiten für medizinische Versorgungszentren weiter, verbessert die medizinische Weiterbildungsförderung, stärkt die Patientenrechte, regelt das Recht der Versicherten auf eine ärztliche Zweitmeinung

neu, gibt Versicherten mehr Wahlrechte bei Leistungen der medizinischen Rehabilitation und richtet bei den Kassenärztlichen Vereinigungen Terminservicestellen für eine schnellere Vermittlung von Facharzt-Terminen ein.

Ein Betrieb, ein Tarifvertrag

Seit 1.7.2015 stellt das Tarifeinheitsgesetz den bewährten Rechtszustand, der bis zur Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts 2010 galt, wieder her: ein Betrieb, ein Tarifvertrag.

Der Grundsatz der Tarifeinheit greift nur dann, wenn es in einem Betrieb für die gleiche Beschäftigtengruppe zwei oder mehr Tarifverträge gibt. In diesem Fall gilt der Tarifvertrag derjenigen Gewerkschaft, die im Betrieb über die meisten Mitglieder verfügt. Das Gesetz greift nicht in die Koalitionsfreiheit und nicht in das Streikrecht ein.

BAföG-Reform – Mehr Chancengleichheit

Die SPD konnte eine BAföG-Reform durchsetzen, die in zwei Stufen 2015 und 2016 umgesetzt wird und eine Erhöhung der Bedarfssätze und Einkommensfreibeträge ab 2016 beinhaltet.

Seit 1.1.2015 ist der Bund allein für das BAföG zuständig. Die Länder können dadurch jährlich 1,17 Mrd. € mehr für Kita-Plätze, bessere Schulen und Hochschulen ausgeben.

Energiewende startet durch

Die SPD konnte in der Koalition den Durchbruch für die Energiewende durchsetzen. Auch der Netzausbau und der Abbau von Braunkohle-Emissionen ist entschieden. Das Klimaschutz-Ziel 40% weniger CO₂-Ausstoß als 1990 ist damit 2020 erreichbar.

Erhöhung Wohngeld

2016 wird das Wohngeld um rund 40 % erhöht.

Mit der Erhöhung des Wohngeldes, der Aufstockung der Städtebauförderung und des Programms „Soziale Stadt“, der Mietpreisbremse und der Förderung des sozialen Wohnungsbaus setzt sich die SPD für bezahlbares Wohnen in lebenswerten Städten ein.

ElterngeldPlus und flexiblere Elternzeit

Für Eltern, deren Kinder seit dem 1.7.2015 geboren werden, gelten die Regelungen zum ElterngeldPlus, zum Partnerschaftsbonus sowie zur flexibleren Elternzeit.

Der Bezug des bisherigen Elterngeldes ist weiterhin möglich. Eltern können sich nun zwischen Elterngeld und ElterngeldPlus entscheiden, Alleinerziehende ebenfalls.

Monatlich beträgt das ElterngeldPlus die Hälfte des Elterngeldes, es wird für den doppelten Zeitraum gezahlt und kann über den 14. Lebensmonat des Kindes hinaus bezogen werden.

Teilen sich Vater und Mutter die Betreuung ihres Kindes und arbeiten parallel für vier Monate zwischen 25 und 30 Wochenstunden, erhalten sie zudem den Partnerschaftsbonus in Form von jeweils vier zusätzlichen ElterngeldPlus-Monaten.

Auch die Elternzeit wird deutlich flexibler. Künftig können 24 statt bisher 12 Monate zwischen dem 3. und dem 8. Geburtstag des Kindes genommen werden.

Mehr Geld für Familien und Entlastung für Alleinerziehende

Der steuerliche Grundfreibetrag steigt 2015 deutlich auf 8472 € und 2016 auf 8652 € im Jahr. Die Eckwerte des Einkommensteuertarifs werden zur Bekämpfung der sogenannten kalten Progression um 1,5 Prozentpunkte „nach rechts“ verschoben.

Der Kinderfreibetrag wird 2015 deutlich auf 4512 € und 2016 auf 4608 € im Jahr erhöht. Das monatliche Kindergeld wird 2015 um 4 € und 2016 um 2 € je Kind angehoben. 2015 steigt der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende um 600 € auf 1908 €. Für jedes weitere Kind erhöht er sich um 240 €. 2016 wird der Kinderzuschlag für Geringverdiener um 20 € auf 160 € angehoben.

Die SPD hat erreicht, dass mit dem steuerlichen Kinderfreibetrag auch das Kindergeld, der Kinderzuschlag und der steuerliche Freibetrag für Alleinerziehende steigen.

Die SPD regiert, das Land kommt voran.

Übrigens, ist es in Ordnung, dass bestimmte Vereine 6-stellige Summen erhalten und andere Vereine, die eine engagierte Jugendarbeit durchführen, um ihre Existenz kämpfen müssen?

Im März 2015 verstarb unsere langjährige Genossin

Christine Pfannes

im Alter von 61 Jahren

Christine Pfannes war eine überzeugte Anhängerin von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Zellerauer Kulturtage 2015

vom 8. bis 11. Oktober

bieten wieder ein gewohnt abwechslungsreiches Programm. Programme werden ausgelegt und ausgehängt.

Freihandelsabkommen TTIP Verhandlungen zwischen EU und USA

Das Europäische Parlament hat die Kriterien für eine Zustimmung klar definiert:

Die in der EU bestehenden Standards bei Verbraucherschutz, Arbeitnehmerrechten und Umwelt dürfen durch das Abkommen nicht abgesenkt werden.

Keine privaten Schiedsstellen (ISDS) zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten. Vollständige Transparenz der Verfahren und von Staaten ernannte Richter sind jetzt die Maßgaben, also unabhängige Gerichte.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich bei diesen wichtigen Punkten durchgesetzt.

www.spd-europa.de

Wir gratulieren!

Im 2. und 3. Quartal 2015 gratulieren wir unseren folgenden Mitgliedern zu runden Geburtstagen:

Hans Fürst – 70 Jahre

Franz Frank – 80 Jahre

Ida Hartmann – 85 Jahre

Barbara Lehmann – 90 Jahre

Herzlichen Glückwunsch!

Uuser Buchtipp



Sebastian Schoepp

*Mehr Süden wagen
Oder wie wir Europäer
wieder zueinander finden*

Westend-Verlag,
Frankfurt am Main
2014, 224 S., 17,99 €
ISBN: 978-3-86489-070-3

Sebastian Schoepp, Auslandsredakteur bei der „Süddeutschen“, hat ein überzeugtes und leidenschaftliches Plädoyer für ein Europa geschrieben, in dem es nicht nur um Schuldner und Gläubiger sondern auch um Erfindungsgeist, Improvisation und Lebensgefühl geht. Er stellt weit verbreitete Vorurteile über die Menschen des Südens in Frage und zeigt auf, welche enorme Chance besteht, wenn Norden und Süden endlich ihre Talente bündeln.

„Schoepps Buch plädiert dafür ... mit dem Herablicken auf sogenannte „Krisenstaaten“ Schluss zu machen!“ ARD ttt

CSU-Pleiten: Betreuungsgeld und PKW-Maut

Das Bundesverfassungsgericht erklärte das **Betreuungsgeld** für nichtig, weil der Bund nicht die Gesetzgebungskompetenz dafür gehabt hatte. Für die SPD ist klar: Nun wäre es möglich, sich mehr an der Lebensrealität der Menschen zu orientieren und die frei werdenden Finanzmittel sinnvoller in Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur zu investieren.

Abgesehen davon: Es bekommt ja auch niemand eine Prämie dafür, dass er einen Pool zuhause hat und nicht das mit öffentlichen Mitteln geförderte Schwimmbad nutzt. Der Kindergarten kostet Eltern monatlich einen dreistelligen Betrag, wer das nicht will oder braucht, spart schon viel Geld.

Das SPD-geführte Familienministerium entschied, dass niemand bereits erhaltenes Betreuungsgeld zurückzahlen muss und dass

alle Familien, deren Antrag vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts am 21. Juli 2015 bewilligt wurde, für den gesamten im Bescheid vorgesehenen Zeitraum Betreuungsgeld bezahlt bekommen.

Die **PKW-Maut** kann nicht wie angekündigt im Jahr 2016, sondern erst später in Deutschland in ihrer derzeitigen Form eingeführt werden – wenn überhaupt. Die EU-Kommission hat ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eröffnet. Wenn sich beide Seiten nicht einigen können, droht Deutschland am Ende eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof.

Für die SPD ist wesentlich, dass inländische Autofahrer nicht zusätzlich belastet werden. Die PKW-Maut ist kein Herzensanliegen, sondern ein Kompromiss in der Koalition. ■

Abzug des Staatsarchivs: Verlust des kulturellen Langzeit-Gedächtnisses!

Während in Bamberg oder Landshut die staatlichen Archive mit aufwendigen Sanierungen oder Neubauten aufgewertet werden, hat die bayerische Staatsregierung in Würzburg den gegenteiligen Weg eingeschlagen: Ende Februar hat das Heimatministerium beschlossen, die beiden Standorte des Staatsarchivs in die Kreisstadt Kitzingen zu verlagern.

Das Ministerium nimmt damit der Stadt Würzburg und der Region ihr kulturelles Langzeit-Gedächtnis. Zum Glück formiert sich Widerstand. Bei einem von Georg Rosenthal, MdL und ehemaliger Oberbürgermeister, organisierten Bürgergespräch nutzten erstmals Wissenschaftler, Heimatforscher und Lehrer das öffentliche Forum, um ihrem Unmut Ausdruck zu geben. Besonders erfreulich war, dass sich auch die Universität für einen Erhalt

des Archivs ausspricht: So bezeichnete etwa der Vizepräsident Wolfgang Riedel den gewachsenen Archivverbund von staatlichem, städtischem und Diözesanarchiv als „zentralen Baustein der Forschungslandschaft in Würzburg“.

Im Staatsarchiv befinden sich so wichtige Archivalien wie die unterfränkischen Gestapo-Akten, Dokumente zur jüdischen Geschichte oder zur Geschichte der Klöster und des Fürstbistums aus der Zeit vor der Säkularisation. Knapp 24 Regalkilometer Archivgut und 8 Millionen Einzelbestände würden aus Würzburg verschwinden.

Die Kosten belaufen sich nach Schätzung der Archivare auf etwa 20 bis 30 Mio. €. Für dieses Geld ließe sich für Kitzingen eine wirtschaftlich sinnvollere Lösung finden. Ein wissenschaftliches Archiv gehört dorthin, wo auch geforscht wird! ■

Impressum: SPD Zellerau, www.spd-zellerau.de
Vi.S.d.P. Klaus Friedrich
Weißenburgstraße 3
97082 Würzburg
Satz: Elstersatz, Wildflecken
Druck: bonitasprint, Würzburg
Auflage: 9100

Unser Landtagsabgeordneter Georg Rosenthal

buergerbuero@georg-rosenthal.de
www.georg-rosenthal.de



Bürgerbüro
Sammelstr. 46
97070 Würzburg
☎ 99 11 01 61

Unsere Europaabgeordnete Kerstin Westphal

augustin@kerstin-westphal.de
www.kerstin-westphal.de



Bürgerbüro
Sammelstr. 46R
97070 Würzburg
☎ 45 25 31 28

Sprechstunden

unserer Stadträtin
Gisela Pfannes
jeden Samstag
von 9–10 Uhr,
unter ☎ 41 57 52

